

Medienmitteilung

Kantone wirken aktiv beim Strom-Aktionsplan des Bundes mit

Die Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK) hat an ihrer gestrigen Generalversammlung in Bern mit der UVEK-Vorsteherin Frau Bundesrätin Doris Leuthard die Auswirkungen der Katastrophe von Japan auf die schweizerische Energiepolitik erörtert. Die Kantone werden aktiv in der Erarbeitung des Strom-Aktionsplans des Bundes mitwirken.

Frau Bundesrätin Doris Leuthard hat mit der EnDK die aktuelle Situation im energiepolitischen Bereich erörtert und die kürzlichen Entscheide des Bundesrates dargelegt. Die Kantonsvertreter sprechen der betroffenen Bevölkerung in Japan ihre tiefe Betroffenheit und ihr Mitgefühl aus. Sie begrüssen ausdrücklich die Entscheide des Bundes, die Bewilligungsverfahren für neue KKW zu sistieren.

Kühlen Kopf bewahren

Die EnDK stellt fest, dass in der öffentlichen Diskussion und in der politischen Debatte die Auswirkungen der Katastrophe in Japan sehr emotional diskutiert werden. Neben der Sicherheit der Bevölkerung im Zusammenhang mit KKW ist auch die Versorgungssicherheit im Energiebereich eine schwierige Herausforderung, der sich Bund und Kantone stellen müssen. Sie stehen – gemeinsam mit den Elektrizitätsunternehmen – in der Verantwortung, rasch Wege zu skizzieren, wie die sichere Stromversorgung in Zukunft gewährleistet werden kann. Einfache Patentrezepte hierzu gibt es aber keine. Die Energiepolitik ist geprägt von zahlreichen Interessenkonflikten. Entsprechend ist die Umsetzung von Massnahmen erfahrungsgemäss sehr anspruchsvoll. Der anvisierte Aktionsplan des Bundes ist daher ein wichtiges Instrument, um die benötigte Ruhe in das turbulente Umfeld der Energiepolitik zu bringen.

Ehrgeiziger Zeitplan

Angesichts des durch das Bundesparlament vorgegebenen Zeitplans müssen in aller Eile bis zur Junisession verlässliche Diskussionsgrundlagen erarbeitet werden. Die Kantone erachten diesen Zeitplan als sehr ehrgeizig, sind aber der Auffassung, dass der Bund und die Kantone rasch das weitere Vorgehen skizzieren müssen. Die Szenarienidee des Bundesrates erachten die kantonalen Energiedirektorinnen und Energiedirektoren daher als gangbaren Weg.

Sie haben beschlossen, aktiv in der Erarbeitung der Diskussionsgrundlagen und des Strom-Aktionsplans mitzuwirken. Die Kantone sind nämlich auf vielfältige Art impliziert: nicht nur als politische Akteure mit wichtigen Kompetenzen im Energiebereich sondern auch als Bewilligungsinstanzen oder als Miteigentümer der Elektrizitätsunternehmen.

Verstärkung der Geschäftsstelle

Die Energiedirektoren haben zudem beschlossen, ihre Geschäftsstelle zu verstärken und im Haus der Kantone ein Büro einzurichten. Damit wollen sie die gestiegenen Anforderungen in der Energiepolitik effizienter bewältigen.

Chur/Freiburg, 26. März 2011

Auskunftsperson:

Staatsrat Dr. Beat Vonlanthen, Präsident (026-305 24 00; 079-300 48 62)

**Die Konferenz Kantonaler Energiedirektoren
(Energiedirektorenkonferenz, EnDK)**

In der Energiedirektorenkonferenz (EnDK) haben sich die 26 Mitglieder der Kantonsregierungen zusammengeschlossen, die in ihren Kantonen den Bereich „Energie“ führen. Die EnDK ist das gemeinsame Energie-Kompetenzzentrum der Kantone. Gemäss Verfassung fällt die Energie im Gebäudebereich in den Zuständigkeitsbereich der Kantone.

Die Konferenz, der auch die Konferenz Kantonaler Energiefachstellen (Energiefachstellenkonferenz, EnFK) angegliedert ist, fördert die Zusammenarbeit der Kantone in Energiefragen und vertritt die gemeinsamen Interessen der Kantone. Sie arbeitet mit Dritten zusammen, wobei die Zusammenarbeit mit dem Bund im Vordergrund steht.

Die EnDK besteht seit dem Jahre 1979.

* * * *